



An den Bundesrat  
Schweizerische Bundeskanzlei  
z.H. des Gesamtbundesrates  
Bundeshaus West  
3003 Bern

Liestal, 26. Januar 2021

## **COVID-19. Forderung der Parteipräsidien betreffend neue Einreisebeschränkungen - Auswirkungen für Grenzgebiete**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Die Parteipräsidentinnen und Parteipräsidenten der grossen Schweizer Parteien forderten den Bundesrat auf, zur Bekämpfung des Corona-Virus die Einführung eines umfassenden Grenz- und Testregimes in Erwägung zu ziehen. Für Grenzkantone und -regionen hätte eines solches Regime weitreichende Folgen.

Die Nordwestschweiz ist Bestandteil eines trinationalen Wirtschafts- und Lebensraums. Unsere Region ist von der Offenheit der Grenzen stark abhängig und verdankt dem freien Personen-, Waren- und Dienstleistungsverkehr ihre positive Entwicklung. Die Nordwestschweiz lebt mit den Landesgrenzen zu Deutschland und Frankreich, vor allem aber im Austausch über diese hinweg. Täglich überqueren am Oberrhein über 70'000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger aus Frankreich und Deutschland die Grenzen in die Nordwestschweiz. Fast 10% davon arbeiten in Berufen im Gesundheits- und Sozialwesen, die nicht im Home-Office ausgeführt werden können, namentlich in Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen. Sie tragen massgeblich zur funktionierenden Gesundheitsversorgung in der Nordwestschweiz und einer effizienten Pandemiebekämpfung bei.

Die Umsetzung eines derart harten Grenzregimes, wie es von den Parteipräsidien der grossen Parteien gefordert wurde, würde den Grenzverkehr und die Ein- und Ausreise nach Frankreich und Deutschland de facto zum Erliegen bringen. Gerne leisten wir von Seiten der Nordwestschweizer Kantone und in unseren interkantonalen und grenzüberschreitenden Gremien unseren Beitrag zur Bewältigung dieser ausserordentlichen Lage. Faktische Grenzschiessungen und aufwändige, in der Praxis übrigens kaum praktikable Grenzkontrollen, Testregimes und Quarantäneregulungen sind aber keine Lösung. Vielmehr soll der bisher eingeschlagene, erfolgreiche Weg mit situationsgerechten und soweit wie möglich grenzüberschreitend koordinierten Schutzmassnahmen weitergeführt werden.

Um unsere, von der COVID-Krise schwer getroffene Wirtschaft, nicht weiter zu belasten, muss nicht nur die Mobilität der Grenzgängerinnen und Grenzgänger, sondern aller Wirtschaftsakteure gewährleistet sein. Die Quarantänepflicht im Arbeitsumfeld kann schwerwiegende Auswirkungen auf das reibungslose Funktionieren unserer Unternehmen haben. Wir brauchen daher dringend Ausnahmeregelungen.

Mit freundlichen Grüßen

Nordwestschweizer Regierungskonferenz



Dr. Anton Lauber, Regierungspräsident Basel-Landschaft  
Konferenzpräsident



Simone Leibundgut  
Konferenzsekretärin

Kopie an:

Ausschussmitglieder NWRK

Brigit Wyss, Landammann, Kanton Solothurn: [brigit.wyss@vd.so.ch](mailto:brigit.wyss@vd.so.ch)

Elisabeth Ackermann, Regierungspräsidentin, Kanton Basel-Stadt: [elisabeth.ackermann@bs.ch](mailto:elisabeth.ackermann@bs.ch)

Dr. Markus Dieth, Regierungsrat, Kanton Aargau: [markus.dieth@ag.ch](mailto:markus.dieth@ag.ch)

Jacques Gerber, Ministre, République et Canton du Jura: [jacques.gerber@jura.ch](mailto:jacques.gerber@jura.ch)